

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

4.10.1924 (No. 232)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: C. A. M. u. S. Karlsruhe

Expedition: Karlsruher Straße Nr. 14  
Fernsprecher: Nr. 953 und 954  
Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3516

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Angelegenheiten sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abgabe von Anzeigen, wozu auch die Anfertigung von Konturvorlagen fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in telephonischer Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Umverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatschluss erfolgen.

### Amtlicher Teil

#### Das Gewerbeaufsichtsamt

Der Präsident des Bad. Gewerbeaufsichtsamts, Dr. Engler, hat am 1. Oktober ds. Js. seine Dienstgeschäfte übernommen. — Die Geschäftsräume befinden sich im Hause Schloßplatz Nr. 20.

#### Zahlung der staatlichen Grund- und Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1924

Nach den bestehenden Bestimmungen ist die Grund- und Gewerbesteuer für das Rechnungsjahr 1924 zu je 1/4 auf 30. April, 15. Juli, 15. Oktober 1924 und 15. Januar 1925 zu entrichten. Solange ein Steuerbescheid nicht zugestellt ist, sind zu den genannten Zahlungszeiten gewisse Vorauszahlungen zu leisten. Ist der Steuerbescheid zugestellt, so ist der Unterschied zwischen den verfallenen Teilbeträgen der endgültigen Steuer und den Vorauszahlungen vor Ablauf eines Monats nach Zustellung nachzugahlen. Für das Rechnungsjahr 1924 ist nun der Unterschied zwischen den Vorauszahlungen (vierteljährlich 5 Bfg. von 300 Mark) und der endgültigen Steuer (vierteljährlich 8—11 1/2 Bfg. von 100 Mark) und dementsprechend die Nachzahlung verhältnismäßig groß. Da die Steuerbescheide erst jetzt oder demnächst zugestellt werden, hat der Finanzminister im Hinblick auf die gegenwärtige Wirtschaftslage und zur Vermeidung einer zu raschen Folge von Zahlungsterminen folgende Zahlungsvereinfachungen genehmigt:

Auf 15. Oktober ist nur der geordnete Steuerbetrag zu entrichten, also entweder wieder der bisher schon vierteljährlich vorauszahlende Betrag, oder, wenn der Steuerbescheid bis 15. Oktober zugestellt ist, ein Viertel der im Steuerbescheid genannten Jahresgesamtsteuerschuld. Der Unterschied zwischen den Vorauszahlungen auf 30. April, 15. Juli, gegebenenfalls auch auf 15. Oktober und der endgültigen Steuer auf diese Termine ist erst auf 15. Dezember 1924 zu zahlen. Wird der Steuerbescheid erst nach dem 15. November zugestellt, so verschiebt sich der Termin für die Nachzahlung entsprechend (1 Monat nach Zustellung des Bescheides). Der Zahlungstermin 15. Januar 1925 wird allgemein auf 15. Februar 1925 verlegt. Weitere Auskunft erteilen die Finanzämter.

#### Zuckerung des Weines — Der Weinherbst 1924

Über den zu erwartenden Herbstausfall liegen zurzeit keine zuverlässigen Nachrichten vor.

Zunehmend ist damit zu rechnen, daß zahlreiche Moste bezw. Weine verbesserungsbedürftig sein werden. Soweit aber eine Zuckerung als notwendig erachtet wird, muß dafür gewahrt werden, die Verbesserung nach eigenem Gutdünken vorzunehmen. Unter allen Umständen empfiehlt es sich, zuvor den Rat der landw. Versuchsanstalt Augustenberg einzuholen, schon um sich vor einer etwaigen Bestrafung wegen Übertretung des § 3 des Weingesetzes zu schützen. Die Absicht, Traubenmost zu zuckern, ist dem Bürgermeisteramt anzuzeigen; die Zuckerung selbst darf nur in der Zeit vom Beginn der Weinlese bis zum 31. Dezember vorgenommen werden.

Die Bedingungen, unter welchen die Untersuchung und Begutachtung von Traubenmostproben seitens der landwirtschaftlichen Versuchsanstalt erfolgen, werden nachstehend mitgeteilt:

Ein halbes Liter des Mostes ist in gut verschlossener Flasche unter der Adresse „Landwirtschaftliche Versuchsanstalt Augustenberg Post Grödingen in Baden“ einzusenden und dabei neben der Erklärung, daß es sich um naturreinen Traubenmost handelt, anzugeben:

1. wann die Trauben gelesen sind,
2. aus welcher Gemarkung und von welchem Rebge- wann die Trauben herkommen,
3. ob die Trauben oder der Most mit Trauben oder Mosten anderer Rebge wann vermisch worden sind,
4. ob die Lage der Rebstöcke gut, mittel oder gering ist,
5. nach welcher Himmelsrichtung die Rebstöcke liegen,
6. aus welchen Traubensorten der Most gewonnen wurde und
7. wenn verschiedene Traubensorten gefeilt worden sind, in welchem Gewichtsverhältnis diese Traubensorten annähernd gestanden haben.

Der Untersuchungsprobe sind zur Verhütung der Gärung auf je 1/2 Liter 5 Tropfen Formalin (40prozentige Formaldehydlösung) oder 10 Tropfen Sensäure zuzusetzen.

Bereits in Gärung befindlichen Mosten muß die doppelte Menge der genannten Konservierungsmittel beigelegt werden. Das Konservierungsmittel ist durch leichtes Schütteln mit der Flüssigkeit in innige Verührung zu bringen.

Für die Untersuchung und Begutachtung jeder einzelnen Mostprobe wird:

- a) bei frischen, noch nicht in Gärung gekommenen Mosten eine Gebühr von 3 M.,
- b) bei Mosten, bei denen schon ein Teil des Zuckers vergoren ist, eine Gebühr von 6 M. erhoben.

Diese Gebühr wird badischen Landwirten, welche nur ihr eigenes Gewächs ferkeln, um ein Drittel ermäßigt.

### \* Für das Kabinett der Volksgemeinschaft

Reichskanzler Marx hat in der Frage der Regierungs- umbildung eine Initiative entwickelt, die Dank und Anerkennung verdient. Er hat damit bewiesen, daß er sich in Wahrheit als den Führer des Kabinetts fühlt und nicht gesonnen ist, sich von den parteipolitischen Wünschen einer Richtung abhängig zu machen. Dr. Marx treibt Staats- politik in einem ganz eminenten Sinne dieses Wortes. Und Staatspolitik heißt, wenn wir die heutigen Verhältnisse in Deutschland gebührend berücksichtigen, praktisch nichts anderes, als Sammlung der mitarbeitensüchtigen Kräfte, Bildung einer Volksgemeinschaft zum Zwecke des Wiederaufbaues, zum Zwecke der allgemeinen Sanierung.

Sehr glücklich hat der Reichskanzler das Stichwort der Deutschen Volkspartei von der Volksgemeinschaft, die anzustreben sei, aufgegriffen, ihm aber im Gegensatz zu der neuzeitlichen Entschlieung dieser Partei die einzig richtige und einzig mögliche Deutung gegeben: er hat sich nicht nur an die Deutschnationalen gewandt, sondern vorher auch Verhandlungen mit den Sozialdemokraten eingeleitet, um auch deren Ansicht über die Bildung eines Kabinetts der Volksgemeinschaft zu hören. Der Reichskanzler hat also ganz konsequent an dem Grundsatz festgehalten, daß schließlich alle Volksgenossen Bürger des Staates sind, und daß es nicht angeht, eine große Gruppe, hier also die der sozialdemokratischen Arbeiterschaft, in eine Sonderstellung zu drängen.

Es ist bezeichnend für die moralische Wucht dieser seiner Auffassung, die natürlich auch von seiner Partei (und den Deutschnationalen) geteilt wird, daß die Deutschnationalen das Wort „Vürgerblut“ überhaupt nicht mehr gebrauchen. Die Deutschnationalen empfinden eben selber, daß ein solcher Vürgerblut doch nur eine Einseitigkeit darstellt und als solche die Zerreiung des Volkes in zwei sich feindende Hälften herbeiführt. Und sie wissen, daß ein solcher Plan an sich unpopulär ist. Daß sie ihn mindestens bis zum heutigen Tage trotz alledem weiter verfolgten, ist klar ersichtlich. Aber sie versuchen, dem Kind einen andern Namen zu geben, und hoffen, so unter Schonung gewisser Empfindungen, die nun einmal den größten Teil unseres Volkes bewegen, doch noch zum Ziele zu gelangen; und dieses Ziel heißt natürlich: Bildung einer nach rechts orientierten Regierung unter maßgebender Beteiligung der Deutschnationalen.

Durch diese Rechnung hat ihnen nun der staatsmännisch veranlagte Kanzler einen dicken Strich gemacht. Was er will, das ist die Fortsetzung der bisherigen Politik, das ist die Bildung eines Kabinetts der Mitte. Denn er hat ganz richtig erkannt, daß eine wirkliche Sammlung der nationalen Kräfte nur auf der Basis einer Politik der Mitte möglich ist.

Latzsche ist aber, daß die Sozialdemokraten nicht nur selbst schon in einem Kabinett der Mitte mitgearbeitet haben, sondern daß sie, unter allgemeinem parteipolitischen Gesichtswinkel gesehen, gewissermaßen die linke Flügelpartei dieser Mitte sind. Einzelne Anzeichen sprechen dafür, daß die Deutschnationalen in einer Entwicklung begriffen sind, die diese Partei zur rechten Flügelpartei der Mitte machen könnte. Man hätte dann eine Gemeinschaft von fünf Parteien: das Zentrum in der Mitte, linker Nachbar die Deutschnationalen und deren linker Nachbar die Sozialdemokraten, rechter Nachbar des Zentrums die Deutsche Volkspartei und deren rechter Nachbar die Deutschnationalen. Außerhalb dieses Schemas ständen dann als die extreme Partei der Linken die Kommunisten und als die extreme Partei der Rechten die Deutschösterreichischen. Da diese

Parteien einstimmen für eine Mitarbeit am Staate praktisch nicht inbetracht kommen, scheiden sie eo ipso bei den Erörterungen über die Umbildung der Regierung aus.

Wie haben nun Sozialdemokraten und Deutschnationale auf die Anfragen des Reichskanzlers reagiert? Endgültige Beschlüsse sollen ja erst in der nächsten Woche von den betreffenden Reichstagsfraktionen gefaßt werden. Es sind also nur unverbindliche Erklärungen abgegeben worden. Aber diese Erklärungen sind deshalb nicht weniger interessant.

Die Vertreter der Sozialdemokratie haben dem Reichskanzler gegenüber betont, daß bei ihnen die ganze Frage nicht rein nach parteipolitischen Erwägungen beantwortet werden würde, und daß eine grundsätzliche Ablehnung eines Kabinetts der Volksgemeinschaft nicht zu erwarten sei. Nebenher haben sie dann gewisse Bedingungen gestellt, die die Deutschnationalen zu erfüllen hätten, nämlich: Schutz der Republik und ihrer Verfassung, Anerkennung des Washingtoner Arbeitszeit-Abkommens und ehrliches Bekenntnis zu einer Außenpolitik auf der Grundlage der Dawesgesetze und des Londoner Protokolls. Es ist klar, daß diese Äußerung der sozialdemokratischen Führer als ein hochbedeutungsvolles Faktum bewertet werden muß. Man erkennt darin die gleiche staatspolitische Gesinnung, wie sie aus der Aktion des Reichskanzlers spricht.

Den Deutschnationalen ist damit die letzte Entscheidung, gleichzeitig aber auch die Verantwortung für ein etwaiges Nichtzustandekommen eines Kabinetts der Volksgemeinschaft zugeschoben. Die Deutschnationalen sind einzuweisen, wie nicht anders zu erwarten war, peinlich über- rascht ausgewiesen. Daß man ihnen mit einem festen Programm, und zwar mit einem wirklich aus der Idee der Volksgemeinschaft herausgebornen Programm, kommen würde, haben sie offenbar nicht gedacht. Ein Teil ihrer Presse ruft natürlich heute bereits Peter und Paul und will von einer Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten unter keinen Umständen etwas wissen. Von anderer Seite aber wird behauptet, die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen werde sich die Sache wohl doch noch einmal überlegen. Man wird also deren Entscheidung abzuwarten haben. Ist diese Entscheidung eine Ablehnung, so dürfte, wie aus den Artikeln gut unterrichteter Zentrumsblätter zu entnehmen ist, der Reichstag aufgelöst werden.

#### Die 26prozentige Abgabe auf deutsche Waren

W.B. London, 3. Okt. Reichskanzler Dr. Marx betonte in einer Unterredung mit dem Berliner Sonderberichterstatter des „Daily Express“ u. a., die deutsche Regierung könne nicht umhin, ihre Besorgnis über die Anwendung einer dem britischen Recovery-Act analogen Sondersteuer in anderen alliierten Ländern als England Ausdruck zu geben. Nach Auffassung der deutschen Regierung ließe sich diese einseitige Reparationseintreibung nicht in Einklang mit den Bestimmungen des Dawesplanes bringen. Der Dawesplan lege ganz besonders auf die Frage der Übertragung von Reparationsleistungen aus Deutschland auf die reparationsberechtigten Länder Wert. Bei dieser Übertragung sei größte Rücksicht auf die Stabilität der deutschen Währung zu nehmen. Aus den in Deutschland aufkommenden Marktbeiträgen, die für Reparationszwecke zur Verfügung ständen, dürften nach der Ansicht der Verfasser des Dawesplanes fremde Devisen nur in dem Maße erworben werden, als nicht eine Erschütterung der deutschen Währung zu befürchten sei. Die Anwendung des Recovery-Acts dagegen durch eine Anzahl, ja vielleicht der Mehrzahl der reparationsberechtigten Länder würde in ihren Konsequenzen dahin führen, daß ein Devisenbetrag von mehreren hundert Millionen Goldmark der deutschen Wirtschaft von vornherein entzogen würden, und daß die deutsche Regierung die entsprechende Summe im Innern zur Entschädigung der deutschen Exporteure aufzubringen hätte, sowie, daß danach die deutsche Reparationsfähigkeit sowohl im hohen Maße verschwinden würde, als auch, daß Gefahr für die Stabilität der deutschen Währung heraufbeschworen würde.

Nach Berliner Meldungen hat der Transferagent auf den Beschluß der französischen Regierung, die nach englischem Muster eine 26prozentige Abgabe für die deutsche Ausfuhr erheben will, sehr stark reagiert. Er sagt sich mit Recht, daß dieses Beispiel Schule machen wird. Schon meldet sich Belgien, auch aus Portugal verlautet, daß es sich mit ähnlichen Absichten trägt, und allzulange wird es nicht dauern, bis alle Staaten, die irgendwelche Reparationsbeziehungen zu Deutschland haben, sich ein ebensolches Stild aus dem Rücken schneiden wollen, mit dem selbstverständlichen Ergebnis, daß der Gesamtbeitrag, der für Reparationszwecke in Deutschland zur Verfügung stehenden Devisen, um ein volles Viertel gekürzt wird. Die Aufgabe der Transferagenten unter diesen Umständen, die Übertragung der Kriegsentfähigungen ans Ausland durchzuführen, wird dadurch nicht nur erschwert, sondern wahrscheinlich zur Unmöglichkeit.

## Die Regierungsbildung im Reich

Die Verhandlungen mit den Sozialdemokraten

Die Besprechung des Reichskanzlers mit der Sozialdemokratischen Partei über die Regierungsbildung hat Freitag vormittag 11 Uhr in der Reichskanzlei stattgefunden. An der Besprechung nahmen neben dem Reichskanzler auch noch der Reichsernährungsminister Graf Kanitz teil; als Vertreter der Sozialdemokratischen Partei waren die Herren Müller, Weis und Pfisterding erschienen.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, wurde von sozialdemokratischer Seite festgestellt, daß die Sozialdemokratische Partei sich bei der Entscheidung über die Frage der Erweiterung der Reichsregierung nicht von parteiatypischen Erwägungen bestimmen lasse. Ohne der Stellungnahme der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vorgreifen zu wollen, wurde betont, daß eine grundsätzliche Ablehnung der Erweiterung der Reichsregierung im Sinne des Reichskanzlers für die Sozialdemokratie nicht in Frage komme, daß aber vor einer abschließenden Stellungnahme völlige Klarheit geschaffen sein muß über die Haltung der Deutschnationalen Partei zum Schutze der republikanischen Reichsverfassung, zur Durchführung des Washingtoner Abkommens und zu den entscheidenden Fragen der deutschen Außenpolitik.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ist dem „Vorwärts“ zufolge zur Besprechung der politischen Lage auf Mittwoch, den 8. d. M. nachmittags 2.30 Uhr nach Berlin einberufen worden. Der Vorstand der Fraktion wird bereits am Vormittag tagen.

Die Verhandlungen mit den Deutschnationalen

Freitag nachmittag fanden Besprechungen zwischen den Beauftragten der deutschnationalen Reichstagsfraktion und dem Reichskanzler statt. Die deutschnationalen Vertreter bezeichneten den Plan der Einbeziehung der Sozialdemokratie in die Regierung als eine völlig neue Tatsache. Die bei der Erweiterung der Regierung in Betracht kommenden Gesichtspunkte wurden eingehend besprochen. Eine endgültige Stellungnahme zu den erörterten Fragen wird die deutschnationalen Reichstagsfraktion ebenso wie die Fraktionen der anderen Parteien in der nächsten Woche treffen.

Die deutschnationalen Reichstagsfraktion war bei der Besprechung durch die Abgeordneten Herzt, Graf Westarp, Schiele und Behrens vertreten. Von der Reichsregierung waren außer dem Reichskanzler Vizeregierungsrat Jarres, Außenminister Stresemann und der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Graf Kanitz, anwesend.

Pressstimmen

Zu der Besprechung des Reichskanzlers mit den Sozialdemokraten bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“, daß die Annahme der von den Sozialdemokraten gestellten Bedingungen für die Deutschnationalen nichts anderes bedeuten würde, als sich der sozialistischen Herrschaft auf innen- und außenpolitischem Gebiet bedingungslos auszuliefern und auf jede eigene Freiheit von vornherein zu verzichten. Solche Zumutungen seien natürlich für die Deutschnationalen unerträglich.

Die „Zeit“ sieht in der Haltung der Sozialdemokraten einen Versuch, die Regierungserweiterung zu verschleiern und wendet sich energisch gegen eine derartige Taktik. Die Dinge verträgen keine Verschleppung, sondern drängen zur Entscheidung. Für die Lösung der Schaffung einer Regierungsmehrheit gebe es heute eigentlich nur noch zwei Möglichkeiten, nämlich Einbeziehung der Deutschnationalen in die bisherige Koalition, oder aber Auflösung des Reichstages, wenn es nicht gelinge, eine Verbreiterung der Regierung nach rechts herbeizuführen, werde sie im Wahlkampfe gesucht werden müssen.

Die „Germania“ wendet sich gegen die in der deutschnationalen Presse aufgetauchte Meinung, daß der größere Teil der Zentrumsparlei für die Bildung des Bürgerblocks sei, und daß ein unbedeutender linker Flügel unter Führung des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth der Bildung des bürgerlichen Blocks der Regierung widerstrebe. Die Hoffnung der Deutschnationalen, daß sich die Zentrumsparlei letzten Endes doch noch zu dem Bürgerblock der Regierung bereit finden werde, sei trügerisch.

Das „Berliner Tageblatt“ erklärt, die Entscheidung liege nunmehr bei den Deutschnationalen. Wie auch die Entscheidung der Deutschnationalen ausfalle, so könne doch wohl der Plan der Volkspartei einer Regierungserweiterung schon jetzt als gesichert angesehen werden. Entweder bleibe vorläufig alles beim alten, oder das deutsche Volk müsse aufgerufen werden, dem ohnmächtigen Reichstag vom 4. Mai ein Ende zu machen.

Der „Vorwärts“ schreibt, sollten die Deutschnationalen aus taktischen Gründen zu allem „Ja“ sagen, so werde die sozialdemokratische Partei die letzte Entscheidung zu treffen haben.

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) belief sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für den 1. Oktober auf das 1,19 Billionenfache der Vorkriegszeit. Die Steigerung von 1,7 v. H. gegenüber der Vorwoche (1,17 Billionen) ist auf die Erhöhung der Wohnungsmieten und teilweise auch der Nahrungsmittelpreise zurückzuführen. Für den Durchschnitt des Monats September berechnet sich die Reichsindexziffer auf das 1,16 Billionenfache gegenüber dem 1,14 Billionenfachen im Durchschnitt August. Es ergibt sich demnach eine Steigerung von 1,8 v. H. Die Ernährungskosten allein betragen im Durchschnitt September das 1,25 Billionenfache der Vorkriegszeit.

Die deutsche Einheitskronographie. Das Reichskabinett stellte in seiner Sitzung am Freitag mit Befriedigung das Zustandekommen der Einheitskronographie fest und ersuchte die Reichsregierungsstellen, der alsbaldigen Verwendung der Kurzschrift in ihrem Geschäftsbereich näherzutreten. Das Reichsministerium des Innern wurde ersucht, im Benehmen mit dem Sparkommissar, der die Einführung einer einheitlichen Kurzschrift vom Standpunkt der Vereinfachung und Vereinfachung der Verwaltung befürwortet, hierfür das weitere zu veranlassen und zur Erleichterung der einheitlichen Durchführung Richtlinien aufzustellen.

Die italienisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen begannen, wie aus Rom gemeldet wird, wahrscheinlich im Dezember. Italien folgt genau den gegenwärtigen Verhandlungen Deutschlands mit England, Frankreich und Belgien. Einen guten Eindruck mache der deutsche Standpunkt hinsichtlich des gemäßigten Vorschlages.

## Die Ingangsetzung des Dawesplanes

Die zweite Feststellung verschoben

Wie aus Paris gemeldet wird, beschloß die Reparationskommission auf Antrag des Generalagenten für Reparationszahlungen Owen Young angesichts des Umstandes, daß die Emission der 800 Millionenanleihe noch nicht beendet werden konnte, die im Londoner Zahlungsplan vorgesehene Frist für die zweite Feststellung, die am 6. Okt. stattfinden sollte, um 7 Tage, bis zum 13. Oktober zu verlängern.

Der Beschluß der Reparationskommission ist auf Grund eines Berichts des Zahlungsagenten gefaßt worden, der der Kommission unterbreitet wurde. In diesem Bericht heißt es, es seien alle Anstrengungen gemacht worden, um die Maßnahmen zu treffen, die im Anhang III Artikel 1 und 2 des Londoner Abkommens festgelegt worden sind, um es der Reparationskommission zu ermöglichen, die zweite Feststellung durchzuführen. Die juristische Ausarbeitung des Berichts an die Reparationskommission und die Unterhändler für die Goldanleihe habe jedoch mehr Zeit in Anspruch genommen als man zunächst angenommen habe. Andererseits seien die größten Anstrengungen gemacht worden, um den nötigen Boden für die Anleihe zu schaffen.

Nach dem Londoner Abkommen hat die Reparationskommission zwei Feststellungen darüber vorzunehmen, daß Deutschland den Dawesplan durchgeführt habe. Am 1. September war von ihr entschieden worden, daß der Reichstag die notwendigen Gesetze für die Durchführung des Dawesplanes angenommen habe, und daß die deutsche Regierung sie veröffentlichte. Die zweite Feststellung sollte am 6. Oktober erfolgen, wonach nämlich alle Durchführungs- und Kontrollorgane, die im Dawesplan vorgesehen sind, ins Leben traten, wonach die neue Reichsbank und die neue Eisenbahngesellschaft gegründet und dem Truste übergeben würde. Außerdem aber sollten die Verträge abgeschlossen sein, wodurch die Zeichnung der 800 Millionen-Anleihe gesichert wäre. Diese Bedingungen bis zum 6. Oktober zu erfüllen, ist materiell unmöglich gewesen. Infolgedessen hat der Generalagent für die Zahlungen, Owen Young, die Reparationskommission, diese Fristen um einige Tage zu verlängern.

Die Londoner Anleiheverhandlungen

Die Verhandlungen über die Einzelheiten der 800 Millionen-Anleihe sind noch nicht abgeschlossen, da es sich als notwendig erwies, daß die Vertreter mehrerer Staaten zuhause rückfragen mußten. Dabei handelt es sich sowohl um die Höhe ihrer Beteiligungen, wie um den Zinssatz. Jedoch sind keinerlei wesentliche Meinungsverschiedenheiten vorhanden. Da aber die Rückfragen Zeit erfordern, reiste Reichsfinanzminister Luther für einige Tage von London nach Berlin zurück, während drei auswärtige Vertreter des Reichsfinanzministeriums dort blieben. Auch Dr. Schacht ist für ein paar Tage abgereist. Luther wird Mitte der nächsten Woche zurück erwartet und man hofft, am Donnerstag die Verträge unterzeichnen zu können. Man hofft, daß an der auf Sterling lautenden Hälfte der Anleihe außer England zahlreiche europäische Länder, darunter auch Italien und Frankreich, und natürlich Deutschland selbst teilnehmen. Man kann mit etwas größerer Zuversicht als bisher annehmen, daß der nominelle Zinssatz etwas unter 7½ und der effektive Zinssatz weniger als 8 Prozent ist.

Reichsfinanzpräsident Schacht wird heute in Berlin die außerordentliche Generalversammlung der Reichsbank leiten, auf deren Tagesordnung die Überleitung der Reichsbank in die neue Notenbank steht.

## Politische Neuigkeiten

Wirth über das deutsch-englische Verhältnis

Der frühere Reichskanzler Wirth, der sich augenblicklich in London aufhält, erklärte in einer Unterredung mit einem Pressevertreter, ein gedeihendes England könne Seite an Seite mit einem gedeihenden Deutschland leben. Die Zukunft Europas hänge von der Wiederherstellung Deutschlands ab, die ohne Dawesanleihe nicht möglich sei. Der Dawesbericht werde erst von Erfolg sein, wenn er im rechten Geiste ausgelegt und wenn die Anleihe gezeichnet werde; denn dann werde Deutschland neues Leben eingehaucht werden. Dies werde einen großen Schritt in der Richtung auf die Wiederherstellung der Wohlfahrt Europas bedeuten.

Das württembergische Zentrum

In Stuttgart fanden diese Tage verschiedene Verhandlungen der Zentrumsparlei statt. In einer Tagung des Landesauschusses der Partei wies der Vorsitzende Justizminister Becher darauf hin, daß die Aussprache Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei gelte, die ihren Weg bereits in die Presse genommen hätten. Zuerst sprach Minister Holz über die politische Entwicklung im Reich. Der Redner betonte, daß die deutsche Wirtschaft die ihr im Londoner Abkommen zugesagten Leistungen aufbringen könne, allein eine Ablehnung des Abkommens wäre innen- und außenpolitisch untragbar gewesen. Der Redner sprach auch im Hinblick auf die Frage der Regierungserweiterung durch Herannahen der Deutschnationalen die Möglichkeiten einer tragfähigen Regierungsbildung und vertrat schließlich die Auffassung, daß der Eintritt in den Völkerverbund nur erfolgen könne, wenn Deutschland als völlig gleichberechtigte Nation behandelt werde. Der Reichstagsabgeordnete Andre erklärte sodann, daß das Zentrum eine Verfassungskonferenz sei. Im Zentrum müsse Platz sein für Republikaner und Monarchisten. Die Staatsform sei für das Volkswohl nicht entscheidend. Gegen die Beteiligung der Deutschnationalen an der Reichsregierung äußerte der Redner starke Bedenken. Schließlich erklärte Andre zur Lage der Partei in Württemberg, die in letzter Zeit entstandenen Meinungsverschiedenheiten persönlicher und sachlicher Art, sowie einzelne Vorgänge in der Presse seien lediglich aus der Sorge um die Erhaltung der Einheit der Partei, um die Fortsetzung einer Politik der mittleren Linie und um die Aufrechterhaltung eines gesunden sozialen Sinnes entstanden.

Justizminister Becher gab einige programmatische Erklärungen ab. Die Bildung einer Rechtskoalition in Württemberg habe in manchen Parteikreisen Mißbehagen ausgelöst. Damit sei zu rechnen gewesen, zumal da eine reiflose Aufklärung draußen im Lande nicht möglich gewesen sei. Das Zentrum bekenne sich zu der bestehenden Verfassung und es sei heilige Pflicht, diese gegen jeden gewalttätigen Angriff zu

schützen. Ob die Verfassung in allen Teilen so gut sei, daß nichts daran geändert werden könne, bleibe dahingestellt. Aber heute habe man dringenderes zu tun, als sich über Verfassungsänderungen zu ereifern. Eine gewaltsame Änderung der Verfassung müßte mit allen Mitteln bekämpft werden. Aber das Ideal der Staatsform dürfe es keinen Zwang geben. Dabei dürften Schmädhungen der bestehenden Verfassung und ihrer Embleme nicht geduldet werden. In längerer Aussprache wurde u. a. auch festgestellt, daß den Anhängern des Zentrums der Beitritt zum Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold freistehe. Am Schluß der Beratungen wurde folgendes festgestellt:

In der Reichspolitik ist die württ. Zentrumsparlei einmütig der Auffassung, daß der bisherige politische Kurs beibehalten werden muß. Auch in der württ. Politik muß der Kurs der Mitte weiterverfolgt werden. Die Wirtschaft und Sozialpolitik muß auf weite Sicht eingestellt werden, Schutz der nationalen Arbeit, aber auch Schutz der Arbeitskraft.

## Die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger

Ist, wie uns der Vorsitzende des Berliner Bezirksvereins von der Leyen, mitteilt, durch den Krieg und die ihm folgende Inflation und Geldentwertung in eine traurige finanzielle Lage geraten. Sie teilt das Schicksal anderer gemeinnütziger Vereinigungen, die nahezu ihr ganzes Vermögen und ihre finanziellen Reserven verloren haben.

Wie bekannt, hat die im Jahre 1865 begründete Gesellschaft die ganze deutsche Nord- und Ostsee mit Rettungsstationen, Rettungsbooten und Rettungsapparaten ausgerüstet, die bei Strandungen an unseren Küsten die gefährdete Besatzung der Schiffe dem sicheren Tod in den Wellen entreißen. Seit Begründung der Gesellschaft haben die braven Rettungsvereine, meist unter Einwirkung des eigenen Lebens, fast 6000 Personen gerettet. Die Mittel zur Errichtung der Rettungsstationen, zu ihrer Instandhaltung und Verköstigung werden lediglich durch freie Liebestätigkeit der über ganz Deutschland verbreiteten Mitglieder und durch einmalige Spenden aufgebracht. Staatliche Unterstützung hat die Gesellschaft niemals erbeten und erhalten. Obgleich sich die Einnahmen der Gesellschaft während des Krieges und in der Nachkriegszeit bedeutend verringert haben, konnte der Betrieb bisher einigermaßen aufrecht erhalten werden. Aber es fehlten die Mittel zum Bau dringender notwendiger neuer Rettungsboote, besonders von Motorrettungsbooten, zur ordnungsmäßigen Instandhaltung der Rettungsapparate und zu einer einmütigen angemessenen Vergütung für das Personal. Die Anzahl der Mitglieder der Gesellschaft ist von über 50 000 in der Vorkriegszeit auf etwa 28 000, die des Bezirksvereins Berlin allein um rund 2500 herabgegangen. Die damit verbundenen großen finanziellen Ausfälle konnten bisher durch hochherzige Spenden der Redereien, der Großbanken und Unfallversicherungsvereinigungen einigermaßen ausgeglichen werden.

Wenn die Gesellschaft aber ihren Aufgaben wieder voll gerecht werden soll, dann bedarf sie, da der Staat unter den heutigen Verhältnissen nicht eingreifen kann, der tatkräftigen Hilfe des ganzen deutschen Volkes. Eine solche wachstümliche, menschenfreundliche Unternehmung, die auf so hervorragende Leistungen zurückblicken kann, darf nicht untergehen. In alle unsere Volksgenossen rufen wir die dringend herbeizuführende Bitte: Tretet der „Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger“ als Mitglieder bei, unterstützt sie durch einmalige Spenden! Beiträge werden entgegengenommen bei der Geschäftsstelle in Berlin W 8, Behrenstraße 8.

## Deutsches und tschechische Sozialdemokratie

Aus Prag wird uns geschrieben: Der Eintritt der deutschen bürgerlichen Parteien in die tschechoslowakische Regierung ist von dem Chefredakteur des sozialdemokratischen „Pravda lidu“, Stibin, aus prinzipiellen Gründen bekämpft worden, die selbst genaugenommen. Stibin hat nämlich u. a. folgendes ausgeführt:

„Das Interesse der tschechoslowakischen Arbeiterklasse erfordert heute, daß die deutsche Bourgeoisie in der Regierung nicht vertreten sei, da sie in sozialer Hinsicht extrem reaktionär ist. Die deutschen bürgerlichen Parteien, um deren Eintritt in die Regierung es geht, sind einerseits Parteien des wilden häßlichen Agrarismus, die in der Nüchternslosigkeit gegen die Arbeiterklasse die tschechoslowakische Agrarier noch übertreffen, andererseits Parteien, welche die große deutsche Industrie und das Finanzkapital vertreten und dem am meisten rechtsstehenden Flügel unserer Nationaldemokratie gleichkommen, schließlich sind der Beitritt dieser Parteien zur tschechischen Koalition würde eine Stärkung der reaktionären und volksfeindlichen Elemente und eine Schwächung der Position der sozialistischen Parteien in der Regierung bedeuten. Auch wenn die tschechischen Bürgerlichen für den Eintritt der Deutschbürgerlichen in die Regierung wären, könnten wir uns schwerlich mit ihnen in eine Reihe stellen. Anders läge allerdings für uns die Frage, wenn es sich um den Eintritt der deutschen Sozialdemokratie handelte, den wir begrüßen würden. Leider aber ist die deutsche Sozialdemokratie von ähnlichen Kombinationen weiter entfernt, als die deutsche Bourgeoisie. Wir sind grundsätzlich für die Teilnahme der Deutschen an der Regierung, aber nur dann, wenn sie keine Stärkung der antilöblichen und kulturfeindlichen Reaktion darstellen würde. Lediglich ist der Eintritt in die Regierung nicht der einzige Weg zur Verwirklichung der nationalen Gegensätze.“

Diese Auslassungen sind bei dem Organ der deutschen Sozialdemokratie, dem „Sozialdemokrat“, auf lebhaften Widerspruch gestoßen. Das ist umso begrifflicher, je weniger bestritten werden kann, daß die tschechische Sozialdemokratie sich in der Koalition mit den extremsten tschechischen Bourgeoisparteien seit Jahren ungemein wohl fühlt.

## Kurze Nachrichten

Die Stillelegungen im Ruhrgebiet. Wie die „Germania“ hört, haben gestern im Reichswirtschaftsministerium Beratungen über die durch die Stillelegung der südbahnen Randzonen des Ruhrgebietes hervorgerufene Lage stattgefunden. Es wird beabsichtigt, einen Teil der Bergarbeiter der südbahnen Randzonen im Norden des Reviers noch im Ausbau befindlichen Bechen zuzuteilen und deren Erschließung zu beschleunigen. Daneben sollen Maßnahmen getroffen werden, um die Unterbringung der noch verbleibenden Bergleute zu sichern.

Die Lage der Regierung Macdonalds. Wie die „Post“, Hg. aus London berichtet, wurde in einer Fraktionsführung der Arbeiterparlei beschlossen, daß das von der konservativen Partei angeforderte Mißtrauensvotum gegen den Generalstaatsanwalt als ein Mißtrauensvotum gegen die gesamte Regierung aufzufassen sei. Dem gleichen Votum zufolge ist die liberale Partei entschlossen, einem konservativen Mißtrauensantrag gegen den Generalstaatsanwalt zuzustimmen, auch wenn die Regierung erklären sollte, daß sie bei der Annahme eines solchen Mißtrauensantrages das Parlament auflöst.

Der schweizerische Nationalrat nahm nach Ablehnung eines sozialdemokratischen Verschiebungstrages die neue Truppenordnung an, die eine Reduzierung der Stärke der Infanteriebataillone, andererseits aber eine Verbesserung der Spezialwaffen vorsieht.

## Badischer Teil

### Zur Wahl des Staatspräsidenten

äußert sich heute der „Badische Beobachter“, nachdem in den letzten Tagen das Thema wieder einmal von der Presse der Parteien erörtert worden war, u. a. folgendermaßen:

„Im „Heidelberger Tageblatt“ wird aus Anlaß eines in der Oberländer Zentrums-Presse umgehenden Artikels über die Wahl des Staatspräsidenten, von neuem die Frage behandelt, ob das Zentrum in Baden als weitaus stärkste Partei nicht das Recht auf ständige Befugung des Staatspräsidentenpostens habe. Die Frage wird von dem demokratischen Blatt im Gegensatz zu dem Artikel in der Zentrums-Presse Oberbadens verneint. Und zwar mit dem Hinweis darauf, daß Baden ja eine Koalitionsregierung habe und die Regierung nicht aus der stärksten Partei gebildet werde. Wir können zwar nicht sagen, daß das Blatt damit den Nagel auf den Kopf getroffen hätte, denn in Württemberg und Bayern und Hessen und Preußen und Sachsen treffen wir überall ebenfalls Koalitionsregierungen, in denen der Ministerpräsident der stärksten Koalitionspartei entnommen ist und solange Präsident bleibt, bis die Regierung wieder geht oder gehen muß. Das könnte in Baden ebenso sein, ohne daß das demokratische Prinzip irgendwie verletzt würde. Wenn es in Baden anders ist, dann kommt das nicht von irgendwelcher demokratischen Prinzipienreiterei, sondern lediglich davon her, daß es damals, als die Koalitionsregierung geschaffen wurde, unter den Koalitionsparteien so ausgemacht worden ist, wie es seitdem gehandhabt wird. Die Oberländer Zentrums-Presse hat ganz recht, wenn sie sagt, man finde diese Lösung nicht ideal und möchte gern eine andere, die dem Stärkeverhältnis der Parteien gerecht wäre. Wir geben ihr auch recht, wenn sie meint, eine solche Lösung der Frage entspreche mehr dem demokratischen Prinzip als die gegenwärtige. Aber trotzdem wird die Zentrums-Partei selbstverständlich zu dem von ihr einst gegebenen Wort stehen. Wir haben hier von jeher, trotzdem auch wir unsere eigene Meinung über die bestehende Abmachung unter den Parteien haben, den Standpunkt vertreten, daß eine Änderung nur mit Zustimmung aller an der Koalition beteiligten Parteien eintreten könnte; eine solche scheint uns indes, wenn wir richtig beobachtet haben, bei dem heutigen Stand der Dinge ausgeschlossen zu sein. Daher wird ohne Zweifel der Turnus bezüglich der Wahl des Staatspräsidenten in Baden seinen bisherigen Gang weiter gehen und die Heidelberger Sorge ist überflüssig.

Der Meinung sind wir dabei allerdings, daß die Abmachung vom Jahre 1919 keine ewige Gültigkeit haben kann. Vielmehr werden solche Abmachungen unseres Erachtens eine Gültigkeit nur solange beanspruchen können, als der Landtag derselbe ist, dessen Angehörige eine solche Regelung getroffen haben. Mit jeder Neuwahl bezw. der Neubestellung der Regierung müssen die Parteien ihre Freiheit wieder erlangen. Ob sie es dann für zweckmäßig halten, die bisherige Regelung beizubehalten, bleibt ihrem Ermessen überlassen.“

### Badischer Charitasverband

Im Heidelberg tagte unter sehr zahlreicher Beteiligung im Weisheit von Vertretern der Regierung und Kirchenbehörde der Caritasverband für die Erzdiözese Freiburg. Anwesend war u. a. auch Erzabt Raphael von Beuron. Der Vorsitzende, Prälat Dr. Mühl, hob auf die Bedeutung der christlichen Liebestätigkeit ab, ohne welche die öffentliche Wohlfahrtspflege nicht auskommen würde. Nachdem er in höchst anerkennenden Worten der 5000 im Krankenendienst tätigen Schwestern gedacht hatte, bewies er auf das riesengroße sittliche und materielle Elend unserer Tage. Der Vorsitzende sprach weiter mit Genugtuung von der seitens der Regierung gewährten Unterstützung und betonte schließlich, daß namentlich der Familienpflege das Augenmerk zugewendet sei. Es sprachen dann Justizminister Trunk, Bürgermeister Wielandt sowie Direktor A. Gertel, der den Tätigkeitsbericht erstattete. Ein Vortrag der Landtagsabgeordneten Fel. Nigel-Mannheim hatte die geistige und seelische Not zum Gegenstand. Wenden fand eine öffentliche Volksversammlung im Kollegienhaus statt, wobei der Präsident des Deutschen Caritasverbandes, Konf. Kreuz, Wesen und Sinn der Caritas schilderte.

### Brennen von Mais in den landwirtschaftlichen Betrieben

Im abgelassenen Betriebsjahr war das Brennen von Mais auch den jüngeren landwirtschaftlichen Abfindungsbrennereien gestattet worden, die nach dem 1. Oktober 1902 den Betrieb aufgenommen hatten. Die Badische Landwirtschaftskammer und der Landesverband badischer Klein- und Obstbrenner haben unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Beschaffung von Futtermitteln für die bäuerlichen Betriebe einen erneuten Antrag um Erteilung der Brennereilaubnis für zugekauften Mais für das laufende Betriebsjahr eingereicht und sind gleichzeitig für eine Milde rung des zur Zeit bestehenden Brennverbots für ausländisches Getreide eingetreten. Die Entscheidung liegt am Schöße des Reichsrates.

### Tagungen

Der Landesverband badischer Geflügelzüchtervereine hält am Sonntag, den 5. ds. Mts. in Baden-Baden seine erste Verbandstagung ab.

In Baden-Baden tagte kürzlich die erste Hauptversammlung des Vereins katholischer Kirchenmusiker der Erzdiözese Freiburg, verbunden mit der Feier des 100. Geburtstages von Anton Brudner, des größten neuzeitlichen Meisters der Kirchenmusik. Zum ersten Vorsitzenden wurde Oberlehrer Augle (Offenburg) gewählt. Benediktinerpater Fidelis Böfer aus Beuron hielt einen öffentlichen Vortrag über die Persönlichkeit Brudners. Zum Abschluß der Tagung fand im Bühnenaal des Kurhauses ein großes Konzert statt, das von dem Orgelkünstler und Komponisten Franz Philipp, sowie dem badi schen Orchester unter Musikdirektor Paul Hein bestritten wurde.

### Aus der Landeshauptstadt

Zum 85. Geburtstag Hans Thomas, Der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Dr. Doellitz, hat an Hans Thoma zu seinem 85. Geburtstag das folgende Telegramm gerichtet: „Am heutigen Tage gedenke ich als Chef der Preussischen Kunstverwaltung mit den aufrichtigsten und herzlichsten Wünschen des Altmeisters deutscher Kunst. Ihr Leben, reich an Mühe und Arbeit, krönte hoher Erfolg. Möge der Dank aller, die in Ihrer Kunst Freude und Hoffnung finden, als ein heller Schein auf Ihrem Lebensabend ruhen!“

Vom badi schen Landeskonservatorium. Die Berufung Franz Philipp's als Direktor an das Badische Konservatorium für Musik brachte eine notwendige Neuorganisation und Erweiterung der Anstalt. Es wurde die Leiter- und Oratorienfängerin, Frau Helene Junker, die auch als Gesangslehrerin das Interesse weiter Kreise auch außerhalb Karlsruhes auf sich gerichtet hat, für die Anstalt gewonnen. Ferner findet ein weiterer Ausbau der Violin- und Klavierausbildungslässen statt, durch die Berufung des ersten Konzertmeisters am Landesbühnen, Ottomar Boist und des bekannten Konzertpianisten Josef Schell, eines ehemaligen Meisterschülers Eibenbahagens. Durch den Einbau einer großen Konzertorgel und zweier Abhörorgeln, die in entgegenkommender Weise der Anstalt vom Ministerium des Kultus und Unterrichts zur Verfügung gestellt wurden, konnte die Badische Orgelschule gegründet werden, deren Leitung Franz Philipp persönlich übernommen hat.

Die Symphoniekonzerte im Landesbühnen. Die bereits bekannt gegebene erste Reihe der 12 dieswintertlichen Symphoniekonzerte des badi schen Landesbühnenorchesters beginnt Montag den 6. Oktober mit einer Brudnerfeier anlässlich des 100. Geburtstages des bedeutenden österreichischen Komponisten. Als abschließender orchesterlicher Hauptteil gelangt zur Aufführung die fünfte Symphonie in B-dur, die trotz ihres Alters in ihrer inhaltlichen Geschlossenheit beweist, daß Anton Brudner in der Gesamtleistung der Musik der letzten 50 Jahre ein wesentliches, kaum wegdenkendes Plus bedeutet. Da Karlsruhe schon seit Notitz Zeiten sich um die Brudnerpflege verdient gemacht hat, wird auch diese besondere Gelegenheit, eines seiner symphonischen Großwerke zu hören, sicherlich weitgehendem Interesse begegnen. Es sei gleich bemerkt, daß des Brudner-Jubiläums auch noch in einem der späteren Konzerte durch die Aufführung der ebenfalls für großes Orchester geschriebenen fünften Symphonie gedacht werden wird. — In dem gegenüber den letzten Jahren erfreulich weitgehendem Rahmen der Symphoniekonzerte sind nun regelmäßig wieder Solisten vorgesehen. Den Anfang macht der jetzige Direktor des Leipziger Konservatoriums Max Bauer, den man auch hier von seiner Stuttgarter Tätigkeit her als einen unserer besten Pianisten zu schätzen weiß. Er bringt ein Klavierkonzert von Beethoven, nämlich das in C-moll, zum Vortrag. Außerdem wird er noch einige Klavierstücke von Johannes Brahms (Intermezzo A-dur, Capriccio h-moll, Intermezzo A-s-dur und Rhapsodie Es-dur) spielen. Das abends um halb 8 Uhr beginnende Konzert steht unter der Leitung von Operndirektor Fritz Cortolozis.

Die Meisterkonzerte werden durch die Konzertdirektion Kurt Neufeldt für den kommenden Winter angekündigt. Es sind dies gewissermaßen Ergänzungskonzerte zu den 8 Kammermusikkonzerten der gleichen Firma. Es wurden nur Künstler von Welt Ruf gewonnen, neben Kreisler und Besekch zweifellos der bedeutendste Geigenpieler der Gegenwart, hat die letzten zehn Jahre in Amerika zugebracht und ist dadurch unserer jüngeren Generation ein Fremder geworden. In Wien mußte er kürzlich sechs Geigenabende hintereinander geben, um dem Andrang zu genügen. Er wird im ersten dieser Meisterkonzerte spielen und zwar Mittwoch, den 8. Oktober. Es folgt am 4. November ein in seiner Art eben so bedeutender Künstler der Klaviervirtuose Walter Gieseking. Nach der ersten Vorankündigung der Symphoniekonzerte des Landesbühnenorchesters wäre dieses Konzert mit dem zweiten Symphoniekonzert zusammen gefallen. Auf Erlauchen der Firma Neufeldt hat sich jedoch die Leitung der Symphoniekonzerte mit einer Verlegung einverstanden erklärt, um den Besuchern beider Serien die Möglichkeit zu geben, beide Konzerte zu genießen. Das dritte Meisterkonzert bringt am 7. Januar Alfred Gode, der in Karlsruhe ja seit Jahren als einer der ersten Klaviervirtuosen bekannt ist. Adolf Busch und Rudolf Serkin beschließen den Reigen am 11. Februar. Die Abonnementpreise wurden so niedrig wie irgendmöglich angesetzt, um jedermann den Besuch der Meisterkonzerte zu ermöglichen, die Einzelpreise müssen allerdings um 100 Prozent höher angesetzt werden. Die Kartenausgabe hat begonnen.

Eugen d'Alberi, der bedeutendste Pianist unserer Zeit, der kürzlich unter Anteilnahme der gesamten musikalischen Welt seinen 60. Geburtstag feierte, gibt am 10. Oktober im Eintrachsaal einen Klavierabend. Es ist dies ein Unternehmen der Konzertdirektion Kurt Neufeldt, Waldstraße 39 (eine Treppe hoch).

# Kolosseum. Das Programm vom 1. bis 15. Oktober wird durch Antoinette Grees mit Gesang, Pflanzvorträgen und Tanz eröffnet. Die zwei Herion bringen einen Drahtseilakt. Eine sehr gute Clarino-Virtuosin ist Bedi Hilma. Die Badi schen bringen turnerische Leistungen an Ringen. Eine amerikanische Bühnensensation, genannt „Lebende Schatten“, ist etwas Neues und regt die Zuschauer wirklich an. Im zweiten Teil tritt die Konzertsängerin Luna Florenz auf. Es folgen die 6 Gebrüder Badi schen, genannt die jüngsten Parterretraktanten. Der süddeutsche Altmeister-Summorist Bacchus Jacoby bringt gute Sachen und die zwei Lups sind wirkliche Spaßmacher und Parodisten und ergötzen das Publikum aufs Beste.

Landestheater. Grillparzer's Lustspiel „Weh dem, der lügt“ gelangt am Dienstag, den 7. Oktober zur vierten Aufführung. Am Mittwoch, den 8. Oktober wird die Komödie „Die Karawane“ von Max Hobe zum erstenmal wiederholt. Das Drama aus der Bauernrevolte 1614 „Der arme Konrad“ von Friedrich Wolf wird am Freitag, den 10. Oktober zum fünftennal aufgeführt. — Am Samstag, den 11. Oktober geht Staatsprezars Lustspiel „Ein Sommernachtstraum“ mit der Musik von Felix Mendelssohn-Bartholdy neuinszeniert zum erstenmal in Szene. In den „Kammerpielen im Künstlerhaus“ findet am Mittwoch, den 8. Oktober die zweite Aufführung des Nachspiels „Der Brand im Opernhaus“ von Georg Kaiser statt. Im Konzerthaus kommt das betrauerte Lustspiel „Die fünf Frankfurter“ von Karl Köhler am Sonntag, den 12. Oktober zur Wiederholung. — Wegen Witterung eines nicht zu beschreibenden gerichtlichen Zeemins ist Operndirektor Cortolozis verhindert, die Leitung des 1. Symphoniekonzertes am Montag, den 6. Oktober zu übernehmen. An seiner Stelle wird das Konzert Generalmusikdirektor Prof. Carl Leonhardt vom Landesbühnen in Stuttgart dirigieren.

### Kurze Nachrichten aus Baden

Aus dem Evang. Kirchendienst. Zurückgekehrt wurden auf ihre Ansuchen unter Anerkennung ihrer langjährigen treugeleisteten Dienste Pfarrer Georg Herbold in Elsenz und Pfarrer Ludwig Kochler in Schollbrunn. — Zur Befugung durch Gemeindevahl sind ausgeschrieben die Pfarreien Jittersbach, Mannheim-Waldhof und Teufschneureut.

DZ. Rastatt, 8. Okt. Der Landesverband für Zucht und Prüfung des badi schen Pferdes nahm heute in Rastatt eine Pferderevision vor für die Bezirke Bühl, Rastatt, Karlsruhe und Ettlingen. Es war zahlreiches und schönes Pferdmaterial vertreten. Das Preisrichterkollegium bestand aus den Herren: Holzgang-Freiburg, Pauls und Tierarzt Gerpach-Karlsruhe. Als Vertreter der badi schen Regierung war Regierungsrat Fr e maier vom Ministerium des Innern erschienen. Auch der Oberamtmann Guth-Vender-Mannheim nahm in seiner Eigenschaft als Präsident des Unterbadi schen Pferdezüchterverbands an der Veranstaltung teil.

DZ. Ettlingen, 8. Okt. Die Weinlese, die am vergangenen Dienstag begonnen hat, ergibt im allgemeinen einen besseren Ertrag, als man erwartet hatte. Großen Schaden hat im Laufe des Sommers der Hagel, der wiederholt über unsere Gegend niederging, gebracht, und auch die verschiedenen Krankheiten haben den Trauben ziemlich zugesetzt. Das Mostgewicht schwankte zwischen 60 und 75 Grad, bei Gelsforten bis zu 80 Grad.

DZ. Offenburg (Baden), 3. Okt. Gestern abend fand hier die Gründungsversammlung der Ortsgruppe Offenburg des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold statt, wobei der Vorstand des Gau es Baden des Reichsbanners, Dr. Kraus, die Gründungsrede hielt. Rechtsanwalt Dr. Föhrenbach überbrachte die Grüße der Ortsgruppe Freiburg. Der Ortsgruppe Offenburg traten sofort 300 Teilnehmer der Versammlung als Mitglieder bei.

DZ. Freiburg, 22. Sept. Im Zusammenhang mit dem Landesparteitag des badi schen Zentrums in Badoltszell wurde am Samstag morgen in Hegne ein stiller Gedenktagsdienst abgehalten, wobei Prälat Dr. Schofer für die verstorbenen Führer, speziell für die aus der Seegengeb, eine heilige Messe las. Gegen 12 Uhr versammelten sich am Grabe von Koniginore Weber eine Anzahl Mitglieder der Zentrums-Partei, welche durch ihren Vorsitzenden, Abgeordneten Dr. Schofer und den Abg. Seubert vertreten war. Bei der Kranzniederlegung hielt Dr. Schofer eine Ansprache, in der er in Dankbarkeit und Treue der verstorbenen Führer im Land und am See gedachte und den Wunsch aussprach, daß das Beispiel der Selbstlosigkeit und Opferfreude, das sie bei Lebzeiten gegeben haben, fortwirken und uns in unserer schweren Heimathung Vorbild sein möge. Die schlichte Feier schloß mit einem Vaterunser für die verewigten Führer. — Das Zentralkomitee der Zentrums-Partei hat an den Kanonikus ein Telegramm gerichtet, worin den in hartem Kampfe an des Reiches Ohrgrenze stehenden Parteifreunden kameradschaftlicher Gruß des badi schen Parteitags übermittelt wird.

DZ. Badoltszell, 18. Sept. Die bedeutendste badi sche Marktveranstaltung auf dem Gebiete des Bad. Zuchtviehwesens, der Badoltszeller Zentralschafmarkt der oberbadi schen Zuchtgenossenschaften fand am 15. und 16. September statt. Aufgeführt waren 524 Zuchttiere der oberbadi schen Zucht, 303 Farren, 201 Kühe und Kalbinnen und 20 Kälber. 69 Prozent der Aufzucht wurden in sehr lebhaftem Geschäftsbetrieb abgesetzt; manche Genossenschaften konnten 80 bis 90 Prozent ihrer gesamten Aufzucht verkaufen. Die Qualität des zum Verkauf gestellten Viehes war, wie überall bei diesen Veranstaltungen, verschieden. Zum Teil waren es außerordentlich hochwertige Tiere, zum Teil Tiere mittlerer oder geringerer Qualität, so daß der Markt allen Anforderungen, besonders auch allen Vermögensverhältnissen der Kaufliebhaber Rechnung tragen konnte. Erfreulich war, daß das hochwertige Zuchtvieh bei recht guten Preisen (Farren bis 2000 Mark, trächtige Kalbinnen bis 1000 Mark) Absatz finden konnte. Die ausgezeichnete vorbereitete Marktorganisation war von Käufern aus ganz Baden, sodann aus Bayern, Württemberg, Hessen, Sachsen und Rheinprovinz sehr gut besucht.

DZ. Stuttgart, 4. Okt. Am 5. Oktober feiert der erste Staatspräsident Württembergs Wilhelm Vlos seinen 75. Geburtstag. Er ist am 5. Oktober 1849 in Wertheim (Baden) geboren. Vlos legte in Karlsruhe die Maturitätsprüfung ab und studierte dann in Freiburg i. Br. Philologie und Geschichte. In sehr jungen Jahren widmete er sich der Journalistik und war Redakteur an mehreren Zeitungen. Im Alter von 23 Jahren schloß er sich der sozialdemokratischen Partei an, in deren Reihen er eine führende Rolle einnahm. Zusammen mit dem verstorbenen Minister Graf führte er in den Wirren des Jahres 1918 Württemberg einer ruhigen Entwicklung entgegen.

### Börsen und Märkte

Wochenschau nach dem Stande vom 2. Oktober 1924 Die Börse war in der letzten Berichtswoch großen Schwankungen ausgesetzt. Die Erklärung im Aufwertungsanspruch des Reichstags, wonach die Spekulationen je bei der Aufwertung unberücksichtigt bleiben, hatte zu einem katastrophalen Zusammenbruch der Spekulation in deutschen Anleihen geführt. Die Verluste waren enorm. Kriegs-anleihe über tausend Mark Nennwert fiel von 11,45 Mark auf 4,3 Mark zurück. Nur langsam konnte sich der Anleihemarkt von den Folgen des Kurssturzes erholen. Unentwegte Kreise, die die Ablehnung in Berlin nicht ernst nehmen und zuguterletzt doch noch eine günstige Entscheidung in der Aufwertungsfrage erwarten, konnten durch neuerliche Betätigung auf dem Anleihemarkt Kursbesserungen erzielen, so daß Kriegs-anleihe auf 7,30 Mark stieg. Auch die übrigen deutschen Renten zeigten wiederum Kurssteigerungen. Die Aktienkurse, die von der Anleihebaisse auch etwas in Mitleidenschaft gezogen wurden, zeigten sich zuletzt doch widerstandsfähiger. Die Goldmarkumstellungsfrage wird günstiger beurteilt. Besonders die Industriewerte zeigten infolge der Meldungen über den Beginn der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen sowie über bessere Aussichten der Anleiheverhandlungen festen Stand und zogen leicht an.

Geldmarkt: Die Flüssigkeit im Geldmarkt ist immer noch nicht so, um fördernd auf die Geschäftsbildung einwirken zu können. Die Ausleihungen der Reichsbank haben zwar zugenommen, vermögen der Geld- und Kreditnot noch lange nicht zu heuern. Infolge der Kursverluste am Rentenmarkt war tägliches Geld stark begehrt. Die Versteigerung am Geldmarkt infolge Ultimoabwicklung, die eine kleine Erhöhung der Zinssätze zur Folge hatte, hat im neuen Monat wieder einer Entspannung der Geldsätze Platz gemacht. Man

rechnet mit einem baldigen und günstigen Abschluß der Verhandlungen über die deutschen Anleihen im Ausland.

**Produktenmarkt.** Die Preise auf dem Produktenmarkt zeigen wieder an. Die Kaufkraft erhielt sich auch gegenüber den erhöhten Forderungen. Die Ernteschäden für Roggen traten jetzt voll hervor und bewirkten eine starke Steigerung der Roggenpreise. Die Preise paßten sich erneut dem Auslandsniveau an. An der Berliner Produktenbörse notierten Weizen 245 (plus 9), Roggen 242 (plus 23), Sommergerste 250 (unv.), Winter- und Futtergerste 215 (plus 5), Hafer 194 (plus 4) Mark je pro Tonne und Mehl 30,5 (plus 1,25) Mark pro Doppelzentner. In Süddeutschland stieg Heu auf 6 (plus 1), während Stroh mit 5 Mark pro Doppelzentner unverändert blieb.

**Warenmarkt:** Die Preisentwertung der Reichsregierung kommt nur langsam zur Auswirkung. Reichsfinanzminister Dr. Luther hob neuerdings wieder hervor, daß alle Bestrebungen der Regierung erfolglos bleiben müßten, wenn nicht zugleich die ganze Wirtschaft vom Geist der Sparsamkeit durchdrungen sei. Die diesjährigen Herbstmessen nahmen alle einen geschäftlich unbefriedigenden Verlauf. Die geringe Konsumkraft der breiten Massen und ungenügende Konkurrenzfähigkeit der deutschen Preise gegenüber dem Ausland sind die Ursachen. Auf dem Eisenmarkt ist das Geschäft schleppend geworden und ein fortschreitender Rückgang der Preise zu beobachten. Der Geschäftsgang auf dem Textilmarkt ist belebt. Neben dem Herbstjahresbedarf trug die anhaltende Preissteigerung auf dem Weltbaumwollmarkt dazu bei. Auf den Güteauktionen gaben die Preise um 5 bis 10 Proz. nach. Die Großhandelsstandzahl ist infolge der Steigerung der Lebensmittelpreise erneut auf 131,5 gestiegen.

**Nachfrage:** Die Preissteigerung auf den Schlachttiermärkten ist uneinheitlich. Der Auftrieb ist wechselnd. Der Marktverlauf ist ruhig und langsam.

**Goldmarkt:** Das Angebot auf dem Goldmarkt ist sehr reichlich. Infolge des geringen gewordenen Bedarfs ist aber der Aufnahmefähigkeit enge Grenzen gesetzt. Das betruhbare Ende der Verkaufsjahre gestaltete sich besonders die Lage auf dem Nadelstichwarenmarkt unbefriedigend.

**Verschiedenes**

**Das Mainzer Eisenbahnunglück**

W. Darmstadt, 4. Okt. Von unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt, daß die von der Regie als Grund für den Unfall angegebene Unterlassung der Rückenbeleuchtung des im Tunnel zwischen dem Mainzer Hauptbahnhof und Mainz-Süd zum Halten gezwungenen D-Zuges mit dem Unfall an sich gar nichts zu tun habe. Der Personenzug durfte unter keinen Umständen dem D-Zug folgen, solange er nicht von Mainz-Süd zurückgemeldet war. Eine Rückmeldung eines plötzlich zum Halten gekommenen Zuges ist selbstverständlich vorgeschrieben. Sie kann aber erfahrungsgemäß erst nach dem fahrplanmäßigen Halten eines Zuges erfolgen. In der kurzen Zeit, in der der D-Zug vor dem Unfall zum Halten kam, war eine Rückmeldung gar nicht ausführbar.

**Staatsanzeiger**

**Bekanntmachung**

**Das amerikanische Konsulat in Stuttgart**

Der zum Konsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Stuttgart ernannte Herr John E. Rehl wird zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden endgültig zugelassen.

Karlsruhe, den 27. September 1924.  
Badisches Staatsministerium  
Köhler

An die Bezirksämter und die Polizeidirektion Baden.

Nr. 82 856. Ausstellung von Führerscheinen für Kraftfahrzeuge.

Nach Ziffer I der Anlage zur Verordnung vom 15. März 1923 über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen (Reichsgesetzblatt Seite 185) kann der Führerschein von der für den Wohnort des Nachsuchenden oder von der für den Ort der Erlernung des Fahrdienstes zuständigen Verwaltungsbehörde

ausgestellt werden. Diese Bestimmung kann zu Mißständen führen, da der Antragsteller die Möglichkeit hat, anstelle der über seine persönlichen Verhältnisse gut unterrichteten Behörde seines Wohnortes eine ihm genehme Behörde auszuwählen.

Die Bezirksämter und Polizeidirektionen werden daher angewiesen, in den Fällen, in denen der Antrag auf Ausstellung eines Führerscheins bei der für den Ort der Erlernung des Fahrdienstes zuständigen Behörde gestellt wird, in entsprechender Anwendung des Abs. 2 Ziffer I der obengenannten Anlage auch die zuständige höhere Verwaltungsbehörde des Wohnortes des Antragstellers vor der Ausstellung des Führerscheins zu hören.

Karlsruhe, den 2. Oktober 1924.  
Der Minister des Innern  
Remmele

Der zwischen der Gesamtgemeinde Illwangen, deren Nebenort Höhreute (Amtsbezirk Pfullendorf) und der Gemeinde Homberg (Amtsbezirk Überlingen) abgeschlossenen Vereinbarung über die Kostentragung des Ortsteils Kollöffel vom Nebenort Höhreute und die Vereinigung des genannten Ortsteils mit der Gemeinde Homberg unter Aufhebung der gegenseitigen Gemarkungsgrenzen mit Wirkung vom 1. April 1924 wurde die staatliche Genehmigung erteilt.

Der Hauptort Illwangen und die Nebenorte Höhreute (ohne Kollöffel), Glashütten, Niederweiler und Tafern (Amtsbezirk Pfullendorf) wurden mit Wirkung vom 1. April 1924 unter Aufhebung der gegenseitigen Gemarkungsgrenzen zu einer einfachen Gemeinde mit dem Namen Illwangen vereinigt. Die Vereinigungen sind rechtswirksam.

Karlsruhe, den 25. September 1924.  
Der Minister des Innern  
Remmele

Gefordert:  
Bezirksarzt Dr. Wilhelm Bod in Müllheim.  
Straßenmeister Karl Dunschub in Müllheim.

**Badisches Landestheater.**  
Sonntag, 5. Oktober. 5<sup>1</sup>/<sub>2</sub>—10 Uhr. Sp. I 10.00.  
Gastspiel Elisabeth Friedrich, Maria Höllischer-Lorentz, Kammeränger Robert Hutt, Karl Kamann, Wilhelm Franz Reuß, Adolf Schöpflin, Kammeränger Hermann Weil  
**Lohengrin.**

**Konzerthaus Karlsruhe.**  
Sonntag, 5. Oktober. 7—9 Uhr. Park. I 3.80.  
**Der Meisterboxer.**

**Eintrachtsaal**  
8. Okt. Mittwoch, 8. Oktober, 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr 8. Okt.  
**1. Meister-Konzert**  
Geigen-Abend

**Hubermann**  
Am Flügel: **Paul Frenkel**  
Beethoven: Kreutzer-Sonate  
Bach: Chaconne (Violine allein)  
Klaviersoli: Schubert Impromptu, Brahms Rhapsodie  
Chopin-Hubermann: Nocturno, 2 Walzer  
Mendelssohn: Violin-Konzert D. 627  
Karten zu 6, 5, 4 und 3 Mk.  
(für die 4 Meister-Konzerte zu 12, 10, 8 u. 6 M.) bei  
**Kurt Neufeldt, Waldstr. 39.**

**Eintrachtsaal**  
Freitag, 10. Oktober, 8 Uhr:  
**Klavier-Abend** 633  
**Eugen d'Albert**  
Karten zu 6.—, 5.—, 4.— und 3.— bei  
**Kurt Neufeldt**

**Buchdruckerei und Verlag**  
G. m. **G. Braun** & Co.  
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag  
Karlsruherstraße 14  
Karlsruhe  
\*  
Modern eingerichtete  
leistungsfähige Buchdruckerei  
\*  
Herstellung von  
Werken, Zeitschriften  
und Drucksachen  
jeder Art  
\*  
Schnelle und sorgfältige Ausführung

**Industrie-Ausstellung**  
**Gießerei-Lehrfach-Ausstellung**  
\*  
**VORTRÄGE**  
vom 5. Oktober bis 10. November 1924  
**STÄDTISCHE AUSSTELLUNGSHALLE**  
\*  
Geöffnet von 9 Uhr vormittags bis 10 Uhr abends  
Eintritt 30 Pfennig

**Neubegründung der Psychologie von Mann und Weib**  
von  
**Dr. M. VAERTING**  
Band I: Die weibliche Eigenart im Männerstaat und die männliche Eigenart im Frauenstaat  
Band II: Wahrheit und Irrtum in der Geschlechterpsychologie  
Umfang: VIII und 168 Seiten  
Preis broschiert 2 Mk., gebunden 3 Mk.  
Umfang: VIII und 254 Seiten  
Preis broschiert 4 Mk., gebunden 5 Mk.  
EINIGE URTEILE:  
„Das neue Deutschland.“ „Ein neues, höchst interessantes und kühnes Buch. — Als Ganzes genommen ist das Buch eine geniale Leistung, die noch mehr verspricht.“  
Dr. K. Schmeing.  
Der Tag: „Ein wertvolles und hochinteressantes Material.“  
Lit. Jahresbericht des Dürerbundes: „Hier sind endlich einmal selbständige, präzise, neue und freie Gedanken; die Kritik wird mit dem Buch bissig umgehen und viel davon zernagen; aber vieles wird auch bestehen. Auch soziologisch ist es gehaltreich.“  
„Die Frau.“ „Im Mittelpunkt des zweiten Bandes „steht eine ganz neue Erkenntnis, die unter dem Begriff der Sexualkomponente hier zum erstenmal in die Psychologie eingeführt wird.“ Diese Erkenntnis fußt auf dem Umstand, daß die männliche Psyche auf den Mann ganz anders reagiert wie auf das Weib und umgekehrt.“  
Helene Lange.  
AUSFÜHRLICHE DRUCKSACHE KOSTENFREI  
Verlag G. Braun, G.m.b.H., Karlsruhe i. B., Karlfriedrichstr. 14

**Stadtplan**  
von  
**Karlsruhe**  
nebst Vororten  
und Siedelungen  
Preis 50 Pfennig  
Erschätlich beim  
Verlag G. Braun & Co. m. b. H.  
Karlsruhe, Karlfriedrichstraße 14

**Langfristige Gemeindedarlehen**  
gegen Verpfändung von Waldungen vermittelt  
**Bantgeschäft Joseph Liebmann, Karlsruhe i. B.**  
Telephon 75, 938 und 971. D. 591

**Paßbilder**  
für Reise und Bahnfahrten  
schnell und billig  
Photographisches Atelier  
**Rausch & Pester**  
Erbsprinzenstr. 3 D. 45

**Metallbetten**  
Etagenbetten, Kinderbetten, direkt an Private, Katalog 78 R frei.  
Eisenmöbelfabrik Sulz (Lhür).

**Herrenstoffe**  
**Herrentuchhaus**  
Herrenstraße 22

**Nutzholzverkauf.**  
Das Badische Forstamt  
Tadmoser verkauft freihändig  
rund 1900 Fm. Nadel-

**Eintrachtsaal**  
**4 Meister-Konzerte**  
Winter 1924/25.  
Mittwoch, 8. Oktober **Bronislaw Hubermann** Violin-Abend  
Dienstag, 4. November **Walter Gieseking** Klavier-Abend  
Mittwoch, 7. Januar **Alfred Hoehn** Klavier-Abend  
Mittwoch, 11. Februar **Adolf Rudolf Busch-Serkin** Violin-Sonatenabend  
Gesamtkarten zu 12.—, 10.—, 8.— und 6.— Mark  
Einzelkarten doppelt so teuer, bei D. 603  
**Kurt Neufeldt, Waldstraße 39**

**Bauplatz auf Gemarkung Wulach.**  
Auf Antrag des Gemeinderats Wulach wird über den Teil der Gemarkung Wulach, der im Norden durch die Alb, im Osten und Süden durch die Personenbahnlinie von Karlsruhe-Hauptbahnhof nach Karlsruhe-Mühlburg, sowie im Westen durch die Hauptstraße von Wulach begrenzt wird, gemäß § 6 des Ortsstatutes vom 15. Oktober 1908 die Bauplatz verhängt.  
Karlsruhe, den 2. Oktober 1924.  
Bezirksamt Abt. II. D. 124

**Badische Bank**  
Mannheim — Karlsruhe  
**Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen.**

Druck G. Braun, Karlsruhe.